



Jugend im Parlament Resolutionen 2002

AusländerInnen- und Sozialpolitik

Integration

Das Ziel der Integration muss sein, dass Migranten und Migrantinnen als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft angesehen werden und auch als solche behandelt werden.

I. Schule

1. Wir stellen fest, dass in der Schulpolitik Integration zu wenig behandelt und gefördert wird.
2. Wir fordern zunehmende Integration an Schulen.
3. Aktionstag (Tag der Toleranz)
 - SchülerInnen und LehrerInnen befassen sich an einem Tag im Schuljahr intensiv mit einer ethnischen Gruppe.
 - Es werden Workshops über verschiedene ethnische Gruppen oder über aktuelle Integrationspolitik angeboten, SchülerInnen können sich in die Kurse einwählen.
 - Begründung: Mit Hilfe dieses Tages werden den SchülerInnen andere Kulturen nahegebracht damit Vorurteile abgebaut werden und Verständnis aufgebaut wird.
4. Förderung der Ausbildung von AusländerInnen zum Lehrer/zur Lehrerin sowie Förderung ausländischer LehrerInnen.
5. Ausländische LehrerInnen sollten zwar als Bezugsperson auftreten, jedoch möglichst die Kommunikation auf Deutsch führen, da dies den Integrationsprozess fördert.

Begründung: Ausländische SchülerInnen finden in ausländischen Lehrern eine Bezugsperson, die ihnen Verständnis für ihren kulturellen Hintergrund entgegenbringt. Außerdem wird die Kommunikation mit ausländischen Eltern erleichtert. Für die deutschen SchülerInnen wird der Respekt gegenüber AusländerInnen gesteigert und die Selbstverständlichkeit von AusländerInnen im Alltagsleben wird gestärkt.

II. Beruf

1. *Anerkennung*
 - 1.1. Wir stellen fest, dass die Anerkennung vom/von der AsylbewerberIn zum/zur AsylantIn zu lange dauert.
 - 1.2. Wir fordern mehr Personal in der Ausländerbehörde
 - 1.3. Wir fordern schnellere Bearbeitung der Anträge, die Maximaldauer sollte ein Jahr betragen. Bei der Ankunft der AsylbewerberInnen müssen ihnen RechtsberaterIn und das deutsche Ausländerrecht, übersetzt in der Heimatsprache, zur Verfügung

gestellt werden.

Begründung: Die lange Arbeitslosigkeit ist Hauptursache für Kriminalität von AsylbewerberInnen. Arbeit integriert den AusländerInnen in die Gesellschaft. Arbeitslosigkeit belastet den Betroffenen psychisch stark.

2. *Öffentlicher Dienst*

2.1. Wir stellen fest, dass zu wenig AusländerInnen im öffentlichen Dienst tätig sind.

2.2. Wir fordern Angleichung des Verhältnisses von ausländischem Personal im öffentlichen Dienst zur AusländerInnenquote.

Begründung: Präsenz von AusländerInnen im öffentlichen Dienst verstärkt auch den Respekt vor AusländerInnen allgemein. Außerdem hat die ausländische Bevölkerung eineN AnsprechpartnerIn, der/die zwischen ihnen und dem deutschen Staatsapparat vermitteln kann.

III. Bau-, Wohn- und Belegungspolitik

A.1. Wir stellen fest, dass die Bau-, Wohn- und Belegungspolitik die Integration von AusländerInnen behindert.

A.2. Wir fordern die Vermischung aller ethnischer Gruppen in den Wohngebieten.

Begründung: In einigen Stadtteilen, in denen eine erhöhte AusländerInnenquote lebt, ist auch eine erhöhte AusländerInnenfeindlichkeit festzustellen.

B.1. Wir stellen fest, dass sich die Situation in bereits existierenden Brennpunkten nicht bessert.

B.2. Wir fordern die Verbesserung der Wohnqualität in sozialen Brennpunkten.

2.1. Ausweitung der Grünanlagen und Spielplätze.

2.2. Verbesserung der Jugendarbeit

2.2.1. Längere Öffnungszeiten der Jugendzentren sowie Öffnung am Wochenende

2.2.2. Besser ausgebildetes Personal durch regelmäßige Fortbildungen, die Wissen über und Verständnis für unterschiedliche Gruppen vermitteln und den Jugendlichen Berufsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven vermitteln.

2.3. Verschönerung des Stadtbildes

Begründung: Durch eine Steigerung der Wohnqualität wird die Attraktivität gesteigert

IV. Öffentlichkeitsarbeit

1. Wir stellen fest, dass insbesondere die BewohnerInnen sozialer Brennpunkte sich von der Politik vernachlässigt und unbeachtet fühlen, wodurch Frustration hervorgerufen wird.

2. Wir fordern Politikerpräsenz und AnsprechpartnerInnen in diesen Brennpunkten

Als Beispiel für gelungene Integration orientieren wir uns am Integrationsprojekt der Niederlande, in dem MigrantInnen die gesamte Kultur durch intensive Kurse näher gebracht wird.

Zuwanderung für den Hamburger Arbeitsmarkt:

Wir stellen fest:

- In Hamburg gibt es 78.000 Arbeitslose.
- Denen gegenüber stehen 10.000 offene Stellen.
- Diese paradoxe Situation rührt daher, dass die offenen Stellen nicht mit passend qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden können.
Freie Stellen gibt es zum Teil im obersten und untersten Arbeitsmarktsektor.
Die Arbeitslosen können zum großen Teil diese Lücken nicht füllen auf Grund mangelnder oder zu hoher Qualifikationen oder Unwillen zu schlecht bezahlten Arbeiten.
- Daraus schließen wir: MigrantInnen nehmen keinen deutschen Arbeitslosen die Arbeit weg.
- Im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung, wir würden von AusländerInnen überschwemmt werden, gleichen sich Zuzüge und Fortzüge von AusländerInnen weitestgehend aus.
- Darüber hinaus geht die demographische Entwicklung in Hamburg dahin, dass sich die Bevölkerung bis ins Jahr 2010 um 40.000 Menschen verringern wird.
Um dem entgegen zu wirken brauchen wir jährlich 5500 MigrantInnen in Hamburg, um das wirtschaftliche und gesellschaftliche Niveau zu halten.

Unsere Meinung ist:

- Das Zuwanderungsgesetz ist ein adäquates Mittel zur Steuerung der Zuwanderung. Es werden passend qualifizierte Arbeitskräfte herangeholt, und durch die neuen Einflüsse auf die Wirtschaft neue Arbeitsplätze geschaffen. Durch die gezielte Zuwanderung wird die Integration gefördert.
Wenn der Hamburger Wirtschaft die ausländischen Arbeitskräfte entzogen würden, hätte das eine verheerende Wirkung auf die finanzielle Lage und auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt.
- Die Enthaltung des Hamburger Senats in der Bundesratsabstimmung prangern wir aufs Schärfste an.

Sozialpolitik

Die folgenden Forderungen können nur durchgesetzt werden, wenn die Gesellschaft Obdachlose toleriert und als einen Teil der Ihrigen akzeptiert.

Wir stellen fest:

- Die Obdachlosigkeit beginnt beim Wohnungsverlust. Oft entsteht dieser bei mangelnder Beratung von Seiten der Wohnungssicherungsstellen im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Mieters/der Mieterin.
- Bei der Resozialisierung der Betroffenen fehlt die Hilfe von SozialarbeiterInnen, da diese Menschen häufig verlernt haben eigene

Verantwortung zu übernehmen.

- Laut SGB 8 (Kinder- & Jugendhilfegesetz) ist der Kinder- & Jugendnotdienst dazu verpflichtet Kinder & Jugendliche aufzunehmen und zu betreuen, sowie pädagogischen Beistand zu leisten. Allerdings ist dieses bei Jugendlichen kaum bekannt und wird so wahrscheinlich viel zu selten wahrgenommen.
- Durch die Dezentralisierung der Drogenszene wird auch ein großer Teil der Obdachlosen dezentralisiert und dadurch die Arbeit vieler Organisationen zunichte gemacht.

Wir fordern:

- Die Anzahl der gut ausgebildeten SozialarbeiterInnen muss steigen, damit präventiv sinnvoll gegen die Obdachlosigkeit vorgegangen werden kann.
- Die VermieterInnen sollen gesetzlich daran gebunden werden sich vor der entgeltigen Kündigung mit der zuständigen Wohnungssicherungsstelle in Verbindung zu setzen.
- Aufklärung an Schulen über Kinder- & Jugendnotdienste.
- Die Bekämpfung der Drogenszenen sollte durch andere Mittel als durch die Dezentralisierung stattfinden.

Die geplanten Kürzungen sozialer Einrichtungen, wie z.B. Frauenhäuser, halten wir für nicht vertretbar, da soziale Einrichtungen dieser Art oft die letzte Möglichkeit für die Betroffenen sind!

Jugend und Kultur

Politische Bildung und Engagement der Jugendlichen im Bereich der Gesellschaft und Politik

Der Politikunterricht beginnt an Gesamtschulen zwar in Klasse 5, beinhaltet jedoch nicht die nötige politische Aufklärung, da fächerübergreifend unterrichtet wird. An Gymnasien wird politikkompetenter Unterricht erst in Klasse 9 in Form von Sozialkunde eingeführt, ist jedoch nicht politikorientiert genug. In diesem Alter sollte das politische Interesse schon geweckt sein, damit das Engagement im Bereich Gesellschaft und Politik größer wird.

Deshalb fordern wir:

Ab Klasse 5:

1. Politik-Informationsstunden, in denen einmal wöchentlich aktuelle und politische Themen behandelt werden.
2. Politik-Projektwochen und in den Unterricht eingebundene Politik-Planspiele
3. die Möglichkeit während der Unterrichtszeit an Podiums-Diskussionen, in der sich Parteien vorstellen, teilzunehmen

Ab Klasse 9:

4. die Einführung des Faches Politik
5. vermehrte Podiumsdiskussionen, die während der Schulzeit stattfinden

Doch nicht nur im Fachunterricht sollten politische Informationen stattfinden, sondern auch in Freizeit und in der Schulpause sollte die Möglichkeit der politischen Information gegeben werden.

Deshalb fordern wir:

6. Informationen über Politikveranstaltungen sollten auch bei Freizeitaktivitäten wie bspw. Sportclubs aushängen.
7. in den Schulen ausliegende Tageszeitungen
8. neue Schulprojekte schaffen, bei denen die Jugendlichen mit parlamentarischer Arbeit vertraut gemacht werden.
9. ein Jugendparlament für Hamburg

Kultur- und Freizeitangebote für und von Jugendlichen

Die Kultur der „älteren Generationen“ sollte für die Jugendlichen attraktiver gestaltet werden, um ihr Interesse dafür zu wecken. Besonders die Verbreitung der Informationen über Veranstaltungen sollten verstärkt und unterstützt werden. Doch auch die Jugendkultur sollte noch mehr gefördert werden. Außerdem müssen mehr Subventionen an sowohl kommunale als auch an freie Träger für Jugendzentren und Freizeitaktivitäten zur Verfügung gestellt werden.

Deswegen fordern wir:

1. für Veranstaltungen wie die „Nacht der Museen“ und „Museentage“ eine Verstärkung der Förderung und Durchführung
2. Jugendermäßigungen auch in privaten Institutionen wie beispielsweise Musicals und Opern
3. die Ausweitung eines Kultur-Newsletters als E-Mail, welcher ein breites Informationsfeld der Hamburg-Kultur beinhaltet
4. einen Thementag pro Monat unter dem Motto „Jugend ins Theater“ an dem Jugendliche kostenlos in eine Vorstellung gehen können
5. bessere Informationen über zu fördernde Einrichtungen wie den „Jugend-Kulturring“
 - a. bessere Informationen über vorhandene Kapazität im Bereich der Freizeitangebote
6. eine Verstärkung der Förderung der Jugendkultur des Sprayens, um ihr somit das „schmutzige“ und illegale Image zu nehmen, indem:
 - a. öffentliche Flächen, wie beispielsweise Bauzäune zum Sprayen freigegeben werden
 - b. Spray-Ateliers gefördert werden, in denen Leinwände zur Verfügung stehen
7. interkulturelle Informationen, wie bspw. in Jugendhäusern, um das Interesse für andere Kulturen zu wecken.

8. die Kooperation von Schulen, Vereinen, sowie Behörden bezüglich einer effektiveren Nutzung vorhandener Sportplätze und Turnhallen, damit diese auch nachmittags von Jugendlichen genutzt werden können.
9. für Aktionen wie Midnight-Basketball vermehrte Veranstaltung und Unterstützung
10. eine Verminderung von Vereinsbeiträgen für sozial bzw. finanziell Benachteiligte durch Subventionierung

Wirtschaft, Verkehr und Umwelt

Energie und Umwelt

1. Die Forschung auf dem Gebiet der alternativen und regenerativen Energiequellen muss intensiviert und von staatlicher Seite subventioniert werden.

Begründung:

Es gibt eine Vielzahl von alternativen und regenerativen Energiequellen, die preiswert und umweltschonend sind. So gibt es z.B. Solarenergie, Windkraft und Kernfusion. Einige dieser Energiequellen sind bereits heute nutzbar. Die Umwandlung dieser Energiequellen ist jedoch noch nicht effizient genug. Durch Forschung in diesem Bereich bietet sich eine einmalige Chance sowohl für den Forschungs-, als auch für den Energiestandort Hamburg bzw. Deutschland.

2. Wir fordern Programme, zur Aufklärung der Bevölkerung, über Energiesparmaßnahmen im privaten Haushalt, die Vorteile regenerativer Energie und Nachteile der Atomkraft und fossiler Brennstoffe. Diese Informationen müssen die Bevölkerung erreichen (z.B. Schulprojekte).

Begründung:

Die meisten Informationsprogramme haben den Verbraucher/die Verbraucherin bisher nicht erreicht. Um das Interesse der Bevölkerung zu wecken, muss eine medienorientierte Aufklärungspolitik betrieben werden.

3. Die AKW-Betreiber sollen die Kosten für die Streckensicherung übernehmen. Kosten, die durch unplanmäßige Verzögerung entstehen (z.B. radikale Demonstranten), müssen von Verantwortlichen übernommen werden. Sie sollten keinesfalls von den DemonstrantInnen übernommen werden.

Begründung:

Durch Sicherung von Castor-Transporten entstehen jährlich hohe Ausgaben für den Staat. Dieses Geld könnte der Staat in anderen Bereichen investieren. Nur der Betreiber/die Betreiberin profitiert von diesen Transporten, für die Bevölkerung entsteht lediglich ein unverantwortbares Risiko. Wenn die Kosten für die Verzögerung auf die DemonstrantInnen zurückfallen würden, könnte das den finanziellen Ruin für sie bedeuten. Diese Demonstrationen gegen die Kastor-Schutztransporte sind gerechtfertigt, da sie sonst zu einem Öffentlichen Diskussionsthema werden.

4. Die Subvention von fossilen Brennstoffen und der Kernenergie muss eingestellt werden.

Begründung:

Diese umweltschädlichen Energiequellen werden noch heute stark subventioniert, obwohl sie keine Zukunft haben. Durch die Einstellung der Subventionierungen, würde regenerative Energie wettbewerbsfähig werden.

5. *Finanzierung:*

Einsparungen entstehen durch Einstellung der Subventionierung und Kostenentlastung bei Castor-Transporten. Außerdem wird durch Energiesparprogramme in öffentlichen Gebäuden der Haushalt, der Stadt Hamburg, entlastet. Diese Einsparungen könnten für Forschungszwecke im Bereich der alternativen und regenerativen Energieformen (Forderung 1) und für Aufklärungsprogramme (Forderung 2) verwendet werden.

6. Die Bürgerschaft hat sich dafür ein zusetzen das dass Tierschutzgesetz ins Grundgesetz aufgenommen wird.

Begründung:

Ein Schlachter darf momentan ein Tier brutal ohne Betäubung töten.

Wirtschaft und Verkehr

- Umgehungsstraße Finkenwerder
- Verkehrsanbindung Hafen-City/Nord-Ost-Hamburg
- Sicherung des Wirtschaftsstandorts

Problematik A 380

Feststellung:

Die Tatsache, dass sich die EADS (European Aeronautic, Defence and Space Company) für den Produktionsstandort Hamburg-Finkenwerder in Bezug auf die Teilfertigung des A380 entschieden hat, baut Hamburg als weltweit drittgrößten Standort für die Herstellung ziviler Luftfahrzeuge aus, und dient der Sicherung und Erweiterung dessen. Die positiven Auswirkungen sind hierbei nicht allein in den bei EADS neu anfallenden Stellen und den zusätzlichen Steuereinnahmen zu sehen, sondern auch in den vielfältigen Sekundäreffekten, wie der Entwicklung Hamburgs zum Ausbildungszentrum für Fachkräfte in der Luftfahrtindustrie, und der weiteren Ansiedlung von Zulieferbetrieben.

Forderung:

Zur Zeit ist die Verkehrsanbindung des EADS Werkes in Finkenwerder noch mangelhaft und fällt zu Lasten der in Finkenwerder wohnenden Zivilbevölkerung. Um die von Hamburg erstrebten Ziele zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes zu erreichen, ist es notwendig die Anbindung zu optimieren. Aus diesem Grund fordern wir den Bau einer Umgehungsstraße des Ortes Finkenwerder, welche aufgrund des erwarteten Fertigungsstarts 2006 schnell realisiert werden muss. Da die sich auch im Plan befindende A26 frühestens 2010 auf voller Strecke fertiggestellt sein wird, halten wir alle mit der Autobahn gekoppelten Pläne zur Verkehrs-entlastung für unrealistisch. Darüber hinaus wird die Umgehungsstraße mit dem Bau der A26 nicht überflüssig werden, wie von Kritikern behauptet wird. V.a. wegen des Zeitdruckes und anhand der vorliegenden Informationen halten wir die sogenannte "Südtrasse" für schnell durchsetzbar und zur Lösung der Problematik geeignet.

Verkehrsanbindungs-Problematik

Feststellung:

Der bisher bestehende öffentliche Personennahverkehr kann nicht im gesamten Stadtbereich eine adäquate Beförderung gewährleisten. Insbesondere die Stadtteile Steilshoop, Bramfeld und Rahlstedt haben eine Verkehrsversorgung, die nicht der Zahl der dort lebenden Bürger gerecht wird. Darüber hinaus ist eine Verkehrsanbindung der sich im Bau befindenden Hafen-City unerlässlich, um die Attraktivität für die als Kunden gewünschten Firmen und damit den Erfolg des Projektes zu sichern.

Forderung:

Um die infrastrukturellen Mängel zu beseitigen ist der Ausbau der modernisierungsbedürftigen S-Bahn Linie S4 auf ganzer Strecke und die Einführung einer Stadtbahn, wie sie schon einmal vorgesehen war, unbedingt erforderlich. Die Stadtbahn bietet eine realistische, kostengünstige und bereits ausgereifte Möglichkeit sowohl die Verkehrsanbindung an die Hafen-City als auch nach Steilshoop und Bramfeld zu gewährleisten. Andere Möglichkeiten sind entweder zu kostenaufwendig oder nicht in einem angemessenen Zeitraum zu realisieren; ein besseres Bussystem zur Hafen-City wäre in Anbetracht der Zielsetzung des ganzen Projekts nicht angemessen.

Standortsicherungs-Problematik

Feststellung:

Der Wirtschaftsstandort Hamburg ist trotz seines guten Wachstums verschiedenen Konkurrenzerscheinungen ausgesetzt, die auf lange Sicht problematisch werden könnten. Insbesondere die Konkurrenz durch den im Bau befindlichen Tiefseehafen in Wilhelmshaven und die Abwerbung von Prestigeträchtigen Firmen, v.a. im Unterhaltungssektor, durch die Stadt Berlin, sind erstzunehmende Gefahren.

Forderungen:

Um den Wirtschaftsstandort Hamburg weiterhin attraktiv zu halten, müssen Firmen durch zeitgemäße und moderne Flächenkonzepte zur Gestaltung von Gewerbeflächen, wie z.B. das Projekt Hafen-City, zum Hier bleiben bzw. zum Herziehen veranlasst werden.

Die Beteiligung der Stadt Hamburg an dem Tiefseehafen in Wilhelmshaven durch die HHLA (Hamburger Hafen und Lagerhaus AG) ist zur Gewährleistung des Einflusses auf den Markt sinnvoll, doch sollten die Investitionen in den Ausbau des Hamburger Hafens überwiegen und nicht vernachlässigt werden.

Schule und Bildung

Haushalt

Schulausstattung

Wir haben an vielen Schulen Mängel in folgenden Bereichen festgestellt:

- Dächer (gesundheitsschädigend durch Asbest)
- Schimmelbefall (an sanitären Anlagen, Decken, Mauern und Turnhallen)
- Unebener Asphalt (auf den Schulhöfen)
- Möbel (kaputt und zusammenfallend)
- Kantinen (nicht vorhanden oder schlecht ausgestattet)
- Pausenhallen (nicht vorhanden bzw. zu klein)
- Raummangel (Klassenräume übernehmen Kursräume)
- Haushaltsmaterialien (zu wenige vorhanden)
- Sporthallen (zu klein, zu wenige Geräte)
- Sitzbänke auf dem Hof (kaputt und verletzend durch Holzsplitter)

Aufgrund dieser Mängel und noch anderer fordern wir mehr Geld vom Staat.

SchülerInnenaustausch-Förderung

Wir finden, dass jede Schule einen „freiwilligen“ SchülerInnenaustausch anbieten sollte, weil es die Sprachkenntnisse eines jeden Schülers/einer jeden Schülerin verbessern kann. Außerdem lernen SchülerInnen somit andere Länder und Kulturen kennen. Vor allem an Haupt- und Realschulen sollte so ein Austausch-Programm noch eingeführt werden; an fast allen Gymnasien findet es glücklicherweise schon statt. Dabei sollte jedeR SchülerIn die Chance haben, an einem Schüleraustausch teilzunehmen. Sollte einE SchülerIn es sich finanziell nicht leisten können, muss der Staat, wenn nicht anders möglich, Unterstützung entgegenbringen.

LehrerInnenmangel

Viele Unterrichtsstunden fallen aus, weil fehlende LehrerInnen nicht vertreten werden können. Die SchülerInnen verpassen dadurch den nötigen Lernstoff. Diese versäumte Unterrichtszeit kann nicht mehr nachgeholt werden. Aus diesem Grunde fordern wir, dass alle nicht besetzten LehrerInnenstellen ausgefüllt werden. Auch der LehrerInnenmangel in Schulkursen sollte abgeschafft werden. Die Kurse sind meist überfüllt mit SchülerInnen, weil nicht genügend LehrerInnen vorhanden sind. 590 Lehrplätze sind nicht belegt. Unser Vorschlag wäre deshalb, die GymnasiallehrerInnen in den – mittlerweile abgeschafften – „Raabtopf“ zu werfen. So können sie in Haupt-, Real- und Sonderschulen eingesetzt werden.

Wir stellen fest:

Zwischen der Arbeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen und dem ersten Arbeitsmarkt klafft eine riesige Lücke. Viele möchten mehr leisten als in einer Werkstatt, schaffen aber keine übliche Berufsausbildung. Da richteten vor kurzem Gewerbeschulen sogenannte Berufsvorbereitungsjahre mit einer Teilqualifizierung (BVJ-TQ) als dreijährigen Bildungsgang ein. Dort können SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss z.B. den Beruf des HausmeisterInnen-Gehilfen lernen. Eine große Chance für lern-, körper- oder geistig behinderte Jugendliche. Aber die brauchen dazu natürlich mehr Zeit als HauptschülerInnen.

Ganz aktuell erfuhren wir davon, dass die Behörde für Bildung und Sport nun diesen dreijährigen Bildungsgang auf ein Jahr kürzen will. Das würde gerade für die schwachen TeilnehmerInnen ein Scheitern garantieren und muss verhindert werden.

Noch am 15.November versprach Senator Lange vor der SchülerInnenkammer, dass dieser Bereich für behinderte SchülerInnen keine Kürzung zu erwarten habe, sondern noch weiter ausgebaut werden sollte.

An dieses Versprechen wollen wir erinnern.

Wir fordern:

Das BVJ-TQ bleibt grundsätzlich in der bisherigen Form als dreijähriger Bildungsgang bestehen. Alle SchülerInnen dieser Klassen können ohne Antrag ihre Ausbildung nach drei Jahren abschließen.

Gesamtschulen

Feststellung:

Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für die Gesamtschulen sollen gekürzt werden.

Forderung:

Die an den Gesamtschulen zur Verfrühung stehenden finanziellen Mittel sollen nicht gekürzt werden, da die Gesamtschulen Haupt- Realschulen sowie AbiturientInnen betreuen müssen, während an den anderen Schulformen nur Haupt- RealschülerInnen **oder** AbiturientInnen betreut werden.

Inhalte

Wir stellen ein überaus großes Defizit an politischem Wissen fest, was unserer Meinung nach der Grund für die auffallende Politikmüdigkeit in Hamburg ist.

Deshalb fordern wir, die Einführung von politischem Unterricht ab der 5. Klasse, unter Einbeziehung von tagesaktuellen Themen und Geschehnissen.

Dies könnte in Form eines in drei Stufen gegliederten Unterrichtssystem stattfinden.

Wir unterteilen hier in die erste Stufe, welche sich mit der fünften und sechsten Klasse befasst, in die zweite Stufe, welche siebte, achte und neunte Klasse einbezieht und in die dritte Stufe, welche die gesamte Oberstufe, sprich zehnte bis dreizehnte Klassenstufe abdeckt.

- Hierbei ist in der ersten Stufe der Akzent auf „spielerische“ Grundlagenvermittlung von Demokratie, sowie vereinzelter Bearbeitung von aktuellen Themen gesetzt.
- In der zweiten Stufe ist der Fokus auf eine umfassendere Grundlagenvermittlung gesetzt sowie praxisorientiert. Dies könnte durch einen verbindlichen Besuch der Hamburger Bürgerschaft zu einen, für SchülerInnen interessanten Thema, verwirklicht werden. Hierzu fordern wir ausserdem das Recht auf einen Redebeitrag pro Besuchsgruppe, welcher auf schulischer Ebene als Folgeleistung honorierbar wäre (eventuelle Urkunde, oder Notenaufwertung).
- Die dritte Stufe beinhaltet erstens, eine Festigung des allgemeinen Demokratieverständnisses und zweitens weitere Praxisübungen. Diese könnten fächerübergreifend durchgeführt werden. Drittens sollte hier über Parteiprogramme, amtierende Parteien, sowie über den gesamten Wahlablauf diskutiert, bzw., debattiert werden.

Qualitätssicherung

Wir stellen fest, dass LehrerInnen nach ihrer Verbeamtung lediglich alle 5 Jahre auf ihre fachliche Kompetenz geprüft werden. Dies erfolgt allerdings nur bis zum 50. Lebensjahr.

Es ist insofern problematisch, als dass dies ein Drittel ihrer gesamten Arbeitszeit betrifft und darüber hinaus das Durchschnittsalter Hamburger LehrerInnen sowieso über 50 Jahre liegt, so dass zur Folge, dass wir von LehrerInnen unterrichtet werden, die sich im Durchschnitt gesehen keiner Überprüfung mehr unterziehen müssen. Das Ergebnis kennen wir. LehrerInnen haben nur noch mäßiges Interesse an der Schule bzw. an ihrer Arbeit. Aber wie sollen solche LehrerInnen SchülerInnen für eine Sache begeistern, an dem sie selbst kein Interesse mehr haben?

Deshalb fordern wir, die Zeitspanne der LehrerInnenprüfungen von 5 auf 3 Jahre zu verkürzen. Dies sollte unangekündigt und bis zum Ende der Dienstzeit stattfinden.

Doch es soll nicht nur seitens der Behörde sondern auch von der Seite der SchülerInnen in Form eines „LehrerInnen-Zeugnis“ (Feedback-Bögen) geschehen. Sollte sich als dessen Ergebnis heraus kristallisieren, dass einE LehrerIn ernsthafte Probleme damit hat, den Unterrichtsstoff verständlich zu vermitteln, sollte er/sie dazu verpflichtet werden eine pädagogische Fortbildung zu machen. Verbindlich für alle LehrerInnen sollte gelten, alle zwei Jahre einer Fortbildung in Pädagogik und Rhetorik beizuwohnen. Dies kann oder sollte auch am Wochenende oder den Schulferien geschehen. Hierbei sollte beachtet werden, dass LehrerInnen offiziell nur 30 Tage Urlaub haben, die gesamten Schulferien aber 3 Monate beträgt.

SchülerInnenbüro

Wir stellen fest, dass der schulpolitische Informationsfluss in Hamburg teilweise schlecht ist. Diese Folgerung ziehen wir aus einer Befragung der Teilnehmer von Jugend im Parlament 2002, wobei sich viele selbst zu der Veranstaltung informiert hatten.

Deshalb fordern wir:

Ein staatlich finanziertes SchülerInnenbüro, das verbindliche Informationen an alle Schule weiterleitet. Dieses SchülerInnenbüro könnte in der bereits vorhandenen SchülerInnenkammer (skh) lokalisiert, bzw. ausgebaut und angeschlossen werden. Dieses Büro würde die SchülerInnenvertretung in ganz Hamburg erleichtern! Die angestellte Person in dem SchülerInnenbüro sollte nicht ehrenamtlich arbeiten.

Schulorganisation

Nichteinrichtung der Fachoberschulen und Berufsfachschulen

Da die Handels- und Handwerkskammer scheinbar nicht bekannt geben will, um was für Ausbildungsplätze es sich bei den 1500 freien Ausbildungsplätzen handelt, muss man davon ausgehen, dass diese entweder gar nicht vorhanden sind, die Kammern selbst nicht wissen, um was für Ausbildungsplätze es sich handelt, oder aber es sich wirklich um Ausbildungsplätze in Tankstellen, Metzgereibetrieben oder Reinigungsfirmen handelt, wie aus der Presse zu entnehmen war. Diese Ausbildungsplätze sind unbeliebt und nicht vergleichbar mit einer Ausbildung auf der FOS.

Die Informationen der betroffenen SchülerInnen, LehrerInnen, SchulleiterInnen, Kreise und Kammern hat zu spät bzw. erst durch die Presse stattgefunden. Dies nimmt den SchülerInnen die Chance sich rechtzeitig um einen anderen Ausbildungsplatz zu kümmern. Die Nicht-Information der Gremien lässt auf einen unüberlegten Schnellschuss schließen.

Wir halten es für fraglich, ob die freien Ausbildungsplätze den Wünschen der SchülerInnen entsprechen, die größtenteils auch noch zu jung sind um in eine Ausbildung zu gehen.

Deswegen fordern wir den Verbleib der FOS und BFS im vollen jetzigen Umfang.

SchülerInnenaustausch

SchülerInnenaustausch fördert Fähigkeiten, die die Schule nicht vermittelt. Dazu gehören interkulturellen Verständnis, Konfliktlösungsbereitschaft, Verbesserung der Kommunikationsfähigkeiten und das Erlernen von Fremdsprachen.

Die Möglichkeit, an einem Austauschprogramm teilzunehmen, sollte allen SchülerInnen – nicht nur Gymnasiasten – offen stehen.

Wir fordern:

- Es muss an jeder Schule bekannt gemacht werden, dass es das Parlamentarische Patenschaftsprogramm gibt, besonders an Haupt- und Realschulen.
- Schulen sollten mit Austauschorganisationen zusammenarbeiten um die NeuntklässlerInnen über Austauschangebote zu informieren.
- Langfristiger SchülerInnenaustausch sollte an Haupt- und Realschulen mit ähnlichen Projekten wie am Gymnasium („11. Klassen im Ausland“) finanziell gefördert werden, d. h. die SchülerInnen sollten das Geld beantragen dürfen, wenn sie nach ihrem Schulabschluss ein Schuljahr im Ausland verbringen, um die Zeit bis zur Ausbildung zu überbrücken.

SchülerInnenausweise

Die aktuellen SchülerInnenausweise aus Papier sind unpraktisch, leicht fälschbar und gehen leicht kaputt.

Wir fordern wie im letzten Jahr auch (Drucksache 16/5090, Anlage 2)

PlastikschülerInnenausweise im Führerscheinformat an allen Schulen.

Die SchülerInnenausweise können durch Sponsoring (Werbung auf der Rückseite) finanziert werden.

Das Projekt wurde an einigen Schulen, z. B. Matthias-Claudius-Gymnasium, schon erfolgreich durchgeführt.

Tut-Stunden

Da es nicht genügend Tut- bzw. KlassenlehrerInnenstunden gibt, müssen oft Fachstunden benutzt werden, um Probleme zu klären. Hierbei kommen entweder die Besprechung klasseninterner Probleme oder der Fachunterricht zu kurz.

Wir fordern:

- Eine wöchentliche KlassenlehrerInnenstunde in den Klassen 5-10 und in der Oberstufe regelmäßige Tut-Stunden.
- Die SchülerInnen sollen in den KlassenlehrerInnenstunden auch über ihre Rechte und Möglichkeiten zur Mitbestimmung an der Schule aufgeklärt werden.

Klassenstärken

Die Klassen sind teilweise zu groß, dadurch ist eine Förderung der einzelnen SchülerInnen nicht mehr individuell möglich. Die LehrerInnen verlieren den Überblick über die Klasse und die Benotung wird willkürlich. Den SchülerInnen wird die Möglichkeit zur umfangreichen mündlichen Beteiligung genommen. Wir fordern eine Herabsetzung der Klassenstärken.

Kooperation zwischen Schulen

Kurse kommen an einzelnen Schulen oft nicht zustande. Da die KoordinatorInnen nicht ausreichend kommunizieren, müssen die SchülerInnen sich selbst um die Belegung des entsprechenden Kurses an einer anderen Schule kümmern. Die SchülerInnen werden jedoch nicht informiert, wo welche Kurse stattfinden.

Wir fordern:

- Ein Kursverzeichnis über alle Hamburger gymnasialen Oberstufen soll am Anfang jedes Schuljahres erstellt werden und für jedeN SchülerIn einsehbar an jeder Schule ausliegen, so dass der/die SchülerIn überprüfen kann, ob die gewünschten Kurse an anderen Schulen zustande kommen und für ihn/sie in Frage kommen.
- Die Oberstufen sollten mehr zusammenarbeiten, um Kurse anbieten zu können.
- Wenn mehrere Oberstufen zusammenarbeiten sollen SchülerInnen an beiden Schulen über Unterrichtsausfall informiert werden, damit sie sich nicht umsonst auf den Weg zum jeweiligen Kurs machen (Beispiel: digitaler Vertretungsplan am Gymnasium Allee).

SchülerInnen haben Rechte

Präambel

Betrachtet man einmal detailliert eine durchschnittliche Hamburger Schule, so stößt man auf veraltete Lehrbücher, überfüllte Klassen und wundert sich über den erheblichen Unterrichtsausfall. Der Versuch der SchülerInnen durch aktives Engagement den moralischen und physischen Zustand der Schule zu verbessern, soll, so scheint es, durch systematisches Desinformieren und Ausgrenzen unterbunden werden.

Wir möchten entschieden auf unsere Rechte als Schüler hinweisen und im Folgenden unsere speziellen Anliegen offen legen.

1. Informationsfluss an Schulen

Wir stellen fest:

Grundvoraussetzung für eine aktive SchülerInnenbeteiligung an schulrelevanten Entscheidungen und Richtliniensetzungen ist der freie Austausch von Informationen.

Wir fordern:

SchülerInnen müssen rechtzeitig über schulische Vorgänge, Entscheidungen und Pläne informiert werden und es muss ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden (Implementierung der bestehenden rechtlichen Grundlagen). SchülerInnen sind zu Jahresanfang vom Klassenlehrer/von der Klassenlehrerin über ihre Rechte zu informieren.

2. Konferenzen, Ausschüsse und Gremien

Wir stellen fest:

Die meisten Konferenzen werden aus schulorganisatorischen Gründen in der Regel direkt im Anschluss an den Unterricht abgehalten und sind somit für viel Eltern zeitlich ungünstig gelegen.

Der Schulkonferenz kommt längst nicht der gedachte Charakter als oberstes schulisches Beratungs- und Beschlussgremium zu. Sie wird vornehmlich von der LehrerInnenkonferenz dominiert.

Wir fordern:

Der Schulkonferenz muss endlich die ihr zustehende Bedeutung zuteil werden.

Für die Beteiligung an Klassenkonferenzen fordern wir das folgende:

Bei der Zusammensetzung der pädagogischen Jahresanfangskonferenz müssen die für das Schuljahr gewählten Klassen-ElternvertreterInnen und die jeweiligen KlassensprecherInnen eingeladen werden. Bei klassenübergreifenden pädagogischen Jahresanfangskonferenzen ist aus jeder Klasse jeweils einE Eltern/SchülerInnen-VertreterIn zu entsenden.

Die Beteiligung von SchülerInnen soll dabei helfen mögliche Konfliktpotentiale zu umgehen und einen genaueren Interessensüberblick zu skizzieren.

SchülerInnenratmitgliedern muss die Möglichkeit gegeben werden an Fachschaftskonferenzen teilzunehmen. Dabei soll es weniger um die Lehrplanfestsetzung als vielmehr um deren Anwendung und Umsetzung.

Für die Beteiligung an Disziplinar Konferenzen fordern wir das folgende:

Auf Wunsch der Betroffenen oder deren Elternteil können zwei Klassen - Elternvertreter und die jeweiligen KlassensprecherInnen beratend teilnehmen.

Die Gründung eines Konfliktausschusses (2 LehrerInnen, 2 ElternvertreterInnen, 3 SchülerInnenratsmitglieder, Schulleiter).

Dieser Konfliktausschuss kann bei Disziplinarverfahren von allen Beteiligten angerufen werden. Er muss tätig werden bei Schulstrafen (Abschulung). Nachdem der Konfliktausschuss getagt hat, teilt er der Klassenkonferenz sein Votum mit und berät dieses.

Für die Zeugiskonferenz fordern wir folgendes:

Klassen-ElternvertreterInnen und KlassensprecherInnen ist mindestens 7 Tage vor der Konferenz in Form eines Notenspiegels Auskunft über den Leistungsstand der Klasse / Kurs zu geben. Stellungnahmen können schriftlich eingereicht werden und sind vor der Konferenz zu verlesen.

(Bezug auf HmbSG §62 [3])

3. SchülerInnenvertretung

Wir stellen fest:

Die meisten Hamburger SchülerInnenvertretungen bekommen von ihren Schulen keinen festen Etat gestellt und haben oftmals keinen eigenen SV – Raum.

Daher fordern wir:

Jede SchülerInnenvertretung bekommt für ihre Arbeit einen festen Übertragbaren Jahresbetrag in Höhe von 3,- € pro SchülerIn. Dieses Geld ist bei Bedarf (Anschaffungen

für die gesamte SchülerInnenenschaft und die SV – Arbeit) von der Schule vorzufinanzieren und anschließend von der SV zu belegen.

Jede Schule stellt ihrer SchülerInnenvertretung einen Raum (der bei Raummangel auch von anderen SchülerInnengruppen genutzt werden kann) zur Verfügung. In diesem Raum müssen abschließbare Schränke und ein Arbeitstisch vorhanden sein bzw. angeschafft werden. Ein SV-Raum ist wesentlich für kontinuierliche SV-Arbeit und dient als Arbeitsstätte, Archiv und Ansprechpunkt.

Die SV bekommt einen eigenen Schlüssel für diesen Raum.

Des Weiteren sollen diese Bedienungen auch für die SchülerInnenzeitungen geltend gemacht werden.

4. Transparente Notengebung und Unterrichtsmitgestaltung

Wir stellen fest:

SchülerInnen werden nicht ausreichend über Notenzwischenstände, Benotungskriterien und Unterrichtsgestaltung informiert.

Wir fordern mehr Transparenz durch:

- Offenlegung der generellen Benotungskriterien
- Regelmäßige Bekanntgabe der mündlichen Zwischennoten. Diese sind mindestens 3 mal pro Halbjahr unaufgefordert mitzuteilen.

Wir stellen fest:

In den Lehrplänen gilt generell, dass nur zwei Drittel des zur Verfügung stehenden Unterrichts für verbindliche Themen vorgesehen sind.

Wir fordern:

Die SchülerInnen sind an der Gestaltung des anderen Drittels aktiv zu beteiligen.

Die Erfahrung lehrt uns, dass SchülerInnen, die von SchülerInnen unterrichtet werden den gelehrt Stoff besser verstehen und behalten können. Auch LehrerInnen profitieren vom Wissen der SchülerInnen. Leider findet diese Form des Unterrichts viel zu selten statt.

Wir fordern mehr SchülerInnenbeteiligung am Unterricht:

„SchülerInnen übernehmen eigenverantwortlich den Unterricht. Im Rahmen einer Präsentationsarbeit gestalten SchülerInnen selbstständig (mit Unterstützung des Lehrers/der Lehrerin) eine Unterrichtseinheit. Es handelt sich dabei nicht um ein klassisches Referat, sondern um eigenes Unterrichten mit Aufgaben für die MitschülerInnen und einer eigenen (alternativen) Unterrichtsgestaltung.“ (S. Drucksache 16/5090)

Die Schule unterstützt Arbeitsgemeinschaften und Nachhilfeforen in denen SchülerInnen andere SchülerInnen unterrichten.

SchülerInnen haben die Möglichkeit LehrerInnen in Form einer Fortbildung (Schulinterner Lehrerfortbildung) in bestimmten Bereichen zu unterrichten (Bsp. SchülerInnen unterrichten LehrerInnen wie man mit dem Computer und dem Internet umgeht).

5. Feedback und Tut-Stunde

Wir stellen fest:

LehrerInnen müssen ihre Unterrichtsmethoden kaum rechtfertigen und weisen oftmals Mängel an fachlicher und pädagogischer Kompetenz auf.

Wir fordern:

Zur Förderung der fachlichen Kompetenz und pädagogischen Fähigkeiten werden regelmäßige Fortbildungen abgehalten.

Diese Fortbildungen müssen von der Schule finanziert werden und sollten mit so wenig Unterrichtsausfall wie möglich verbunden sein.

Einmal pro Halbjahr muss jedeR LehrerIn eine Stunde zur Verfügung stellen, in der Fragebögen zum Unterricht des Lehrers/der Lehrerin verteilt werden. Diese sind anonym auszufüllen, von SchülerInnen auszuwerten und anschließend zu besprechen (Kritik positiv formulieren).

Wir fordern, um klasseninterne Angelegenheiten zu besprechen, dass Tut-Stunden bzw. Klassenratstunden beibehalten beziehungsweise eingerichtet werden.

Abitur

Wir stellen fest:

- Deutsche Schulabgänger sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich alt.
- Das 12-Jahres-Abitur soll flächendeckend von der Koalition eingeführt werden.
- Die neuen fünften Klassen sollen nach der Stundentafel des 12-Jahres-Abiturs unterrichtet werden.
- Nach bisheriger Planung soll das Abitur nach 12 Jahren nur an Gymnasien, jedoch nicht an Gesamtschulen eingeführt werden. Dies hat eine Abwertung der Gesamtschulen bzw. ein Zwei-Klassen-Abitur zur Folge.
- Bei einer Reduzierung der Schulzeit auf 12 Jahre wird Realschülern der Erwerb des Abiturs erschwert.

Wir fordern:

- Das Abitur nach 12 Jahren soll auch an Gesamtschulen ermöglicht werden, z.B. durch Erhöhung der Stundenzahl in den Einser-Kursen.
- Es soll ein Parallelangebot des 12- und 13-jährigen Abiturs sowohl an Gesamtschulen als auch an Gymnasien gewährleistet werden; individuelle Entscheidung durch die Schule (Schulkonferenz).
- Damit das 13jährige Abitur nicht als minderwertig angesehen wird, soll eine Umgestaltung der Vorstufe stattfinden:
 - o Schwerpunkt auf Berufsorientierung (ausführliche Praktika, Auslandsaufenthalte, Informationsgespräche etc.)
 - o Zusätzliche Förderangebote zum Abbau von Defiziten und zum Erwerb von Zusatzqualifikationen.

Wir stellen fest:

- Die Kultusministerkonferenz (KMK) schreibt 265 Jahreswochenstunden (JWStd) von Klasse 5 bis zum Abitur vor.
- Der Nachmittagsunterricht nimmt durch die Schulzeitverkürzung zu, mindestens zwei Nachmittage müssen in der Schule verbracht werden.
- Durch den erhöhten Zeitaufwand bleibt weniger Zeit zur individuellen Lebensgestaltung.

Wir fordern:

- Um den Belastungen gerecht zu werden fordern wir eine ganztageschul-ähnliche Betreuung:
 - o Mittagstisch
 - o Hausaufgabenhilfe
 - o Arbeitsgemeinschaften
 - o Sportangebote
 - o Internetzugang
 - o Förderangebote etc.
- Weitere Betreuung durch LehramtsstudentInnen an Schulen, um auch Praxisnähe des Studiums zu schaffen, um die zukünftige LehrerInnengeneration qualitativ vorzubereiten, des weiteren zur Unterstützung ausgebildeter Lehrkräfte, sowie zur Einrichtung von Zusatzangeboten.

Wir stellen fest:

- Die Unterricht muss beim Abitur auf einem durchgängig hohem Niveau stattfinden und jede Unterrichtsstunde sinnvoll genutzt werden, damit keine Qualitätsverluste bei der Schulzeitverkürzung entstehen.

Wir fordern:

- Verbindliche Fortbildungen für LehrerInnen um Leistungsstandards sicher zu stellen.
- Höherer Praxisanteil in der LehrerInnenausbildung (s.o.)
- Umgestaltung der Lehrpläne in Zusammenarbeit mit SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und der Wirtschaft.

Wir stellen fest:

Schulen mit geringen SchülerInnenzahlen in der Oberstufe haben Probleme eine große Auswahl an Leistungs- und Grundkursen anzubieten. Viele SchülerInnen müssen daher für ihre Kurse zwischen verschiedenen Schulen pendeln.

Wir fordern:

- Die Einrichtung von Oberstufenzentren für SchülerInnen der Vor- und Studienstufe mehrerer Schulen in lokalen Ballungszentren um durch größere SchülerInnenzahlen eine größere Vielfalt bei der Kurswahl zu ermöglichen und das Pendeln zu vermeiden.

Innere Sicherheit und Drogenpolitik

Innere Sicherheit

1.

Wir stellen fest:

- dass die Informationspolitik der Behörde für Inneres lückenhaft ist, was in der Öffentlichkeit zu Verwirrungen und Missverständnissen führt.

Wir fordern:

- deshalb eine Veränderung der Informationspolitik, welche die Veröffentlichung konkreter Konzepte beinhaltet.

2.

Wir stellen fest:

- dass es Ziel sein muss, mehr innere Sicherheit in Hamburg gewährleisten zu können.

Wir fordern:

- erhöhte Polizeipräsenz
- Die Polizeibeamten sollte durch mehr Verwaltungspersonal auf den Polizeiwachen entlastet werden. Diese sollten Aufgaben wie Protokollierungen von Anzeigen übernehmen. Dieses Personal könnte im Rahmen der ABM-Maßnahmen sichergestellt werden.
- Zu mehr Zivilcourage aufzurufen, diese auch im Rahmen der Gesetze stärker zu gewichten und strafrechtliche Verfolgung bei unterlassener Hilfeleistung konsequenter durchzusetzen. Diese kann durch Aufklärung an Schulen, in Büros, durch die Volkshochschule oder Medien Verhaltensweisen und die Bedeutung von Zivilcourage vermitteln.
- Größere Kontrolle von Warenumschatzplätzen, wie beispielsweise dem Hafen, dem Flughafen oder Bahnhöfen, um Drogen schon vor dem Verkauf sicher zu stellen.
- Stärkere Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Großverbrechen, speziell von international agierenden Banden (Menschenhandel und illegale Einschleusungen, Drogenkriminalität und Schieberbanden)

3.

Die in den Medien mehrmals als Alternative genannte, bewaffnete Bürgerwehr oder vergleichbare Vorschläge, lehnen wir aus folgenden Gründen ab:

- Bürgerwehr o. ä. würde sich aus Privatpersonen zusammensetzen, die nicht ausführlich genug ausgebildet wären, um der Verantwortung und Bedeutung ihrer Aufgabe nachkommen zu können. Diesen Personen würden zahlreiche Fertigkeiten fehlen, die in entscheidenden Situationen nicht nur die Leben anderer Menschen, sondern auch ihr eigenes gefährden würden.
- Außerdem befürchtet der Unterausschuss, dass Angehörige der Bürgerwehr sich möglicherweise Zivilisten überlegen fühlen würden, da sie als Angehörige dieser Einsatztruppen einen anderen Status genießen.

- Wir befürchten, dass solche Konzepte zum Ausleben privater Konflikte führen würde, was einen Missbrauch der anvertrauten Macht bedeuten würde.
- Staatliche Institutionen, den Polizeibehörden und den ihnen angehörenden BeamtInnen untersteht die Aufgabe, die Sicherheit der BürgerInnen und die öffentliche Ordnung zu bewahren. Diese Monopolstellung der staatlichen Institutionen muss erhalten bleiben (Gewaltenteilung).

4.

Wir fordern folgende Präventivmaßnahmen gegen Kriminalität:

- mehr Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. Diese sollen vor allem in sozialen Brennpunkten entstehen und Sportmöglichkeiten zum körperlichen Abreagieren von Aggressionen anbieten. Um das Angebot der Einrichtung attraktiv zu machen, soll es zwar von ausgebildeter Leitung organisiert und durchgeführt werden, aber ein Angebot bieten, das die Jugendlichen selbst bestimmen und mitgestalten können. Zudem muss gewährleistet werden, dass keine gewalttätigen Jugendlichen die Einrichtungen kontrollieren und so neue Gewalt entstehen kann.
- Neue Konzepte zur AusländerInnenpolitik. Wir fordern eine größere Integration von AusländerInnen, eine Gewährleistung von ausreichenden Deutschkenntnissen, um eine schnellere Eingliederung in den Arbeitsmarkt möglich zu machen, sowie die Arbeitserlaubnis für AsylantInnen.

5.

Außerdem fordern wir:

- eine erneute Kontrolle des BeamtInnenapparates der verschiedenen Behörden, im Hinblick auf die Effizienz der bestehenden Strukturen und eingesetzten BeamtInnen. Ziel der Kontrolle ist es, eine Maximierung der Arbeitseffizienz zu erreichen und mögliche überholte Strukturen neu zu ordnen, z. B. durch Umverteilung von Stellen oder die Abschaffung unnötig komplexer Organisationsformen.

6.

Wir fordern dazu auf, einen Antrag im Bundestag einzureichen, der eine Verschärfung der Strafgesetzgebung vorsieht. Diese Verschärfung soll höhere Strafen für Schwerverbrechen, wie beispielsweise sexuellen Missbrauch, sexuelle Nötigung, Totschlag etcd beinhalten, da wir die geltenden Strafmaße, z. B. für sexuelle Vergehen an Minderjährigen wird eine Freiheitsstrafe von zwei bis fünf Jahren vorgesehen, für zu niedrig halten.

Drogenpolitik und Soziale Brennpunkte

Umgang mit Drogenabhängigen:

Wir stellen fest:

Soziale Einrichtungen sollen geschlossen werden und Einsparungen auf diesem Gebiet vorgenommen werden.

Wir fordern:

Die unbedingte finanzielle Unterstützung von sozialen Einrichtungen, welche sich mit Suchtkranken beschäftigen und sehen die Kürzung der Gelder gerade auf diesem Gebiet als eine vollkommen falsche Maßnahme an.

Wir stellen fest:

Drogenabhängige werden als minderwertige und unmündige Menschen dargestellt und somit von z.B. dem Hauptbahnhofhof vertrieben.

Wir fordern:

Drogenabhängige als kranke und hilfebedürftige Menschen anzusehen und deswegen Hilfsprojekte, wie etwa die staatlich kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstsüchtige, einzuführen und hierzu ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und nicht durch die „Zerschlagung der Drogenszene am Hauptbahnhof“ das Problem durch die Vertreibung der Süchtigen zu verschleiern.

Wir stellen fest:

Die Automaten für den Tausch von Spritzen wurden in den Justizvollzugsanstalten abgebaut.

Wir fordern:

Eine Wiederanbringung dieser Automaten, da immer noch Drogen in den Gefängnissen vorhanden sind, jetzt aber, durch den Tausch benutzter Spritzen unter den Insassen eine erheblich erhöhte Ansteckungsgefahr (Aids, Hepatitis) besteht. Wir verurteilen diese Maßnahme aufs schärfste, da sie menschenverachtend ist und das Problem der Drogenpräsenz dadurch nicht gelöst wird, und fordern den neuen Senat auf diese Entscheidung unverzüglich rückgängig zu machen.

Umgang mit Drogen

Wir stellen fest:

Drogen jeglicher Art sind präsent in unserer heutigen Gesellschaft. Legale Drogen werden verharmlost und illegale Drogen tabuisiert,

Wir fordern:

Eine umfassende Aufklärung auf diesem Gebiet vor allem an Schulen, das beinhaltet ausliegende Informationsbroschüren über Drogen, pädagogische, sowie fachliche Pflichtseminare für LehrerInnen, verschiedene Projektwochen für SchülerInnen (z. B. in der vierten Klasse, sowie in der Mittelstufe) und der Besuch in einer sozialen Drogeneinrichtung für jüngere SchülerInnen. Sinnvoll ist hier eine Ausweitung der Einrichtung der Vertrauens-, bzw. VerbindungslehrerInnen, sowie die Präsenz von SozialarbeiterInnen an Schulen.

Wir stellen fest:

Das Durchschnittsalter der Erstkonsumenten von Zigaretten, Alkohol, sowie Marihuana ist erheblich gesunken.

Wir fordern:

Eine Ausweitung der präventiven anstatt repressiven Maßnahmen, d.h. die verstärkte Ausstrahlung von sogenannten Schockkampagnen (Anti-Werbespots) zur Abschreckung für Kinder. Eine weitere sinnvolle Präventivmaßnahme ist die Öffnung von Schulhöfen und Sporthallen Nachmittags und am Wochenende vor allem in sozialen Brennpunkten.

Wir stellen fest.

Kinder unter 16 und Jugendliche unter 18 Jahren können ohne Probleme Alkohol und Zigaretten erwerben.

Wir fordern:

Eine strengere Einhaltung des bereits bestehenden Jugendschutzgesetzes durch strengere Ausweiskontrollen beim Kauf und die massivere Einführung für Chipkarten an Zigarettenautomaten.

Wir stellen fest.

Marihuana, obwohl zu den illegalen Drogen gezählt wird, ist zu einer Massendroge der heutigen Jugend geworden.

Wir fordern:

Die Legalisierung von Marihuana, aber nur in Verbindung mit Aufklärungskampagnen über Wirkungen und Folgen des Konsums und der staatlich kontrollierten Abgabe (frühestens ab 18 Jahren und nur in Apotheken, bzw. staatlich lizenzierten Geschäften.)

Marihuana ist medizinisch sinnvoll einzusetzen und wir fordern daher die angemessene Abgabe in gewissen Fällen, anstelle von chemischen Medikamenten mit teilweise sehr starken Nebenwirkungen.

Jugendkriminalität

Prävention

Nicht die Anzahl gewalt-spezifischer Straftaten hat zugenommen, wohl aber die Qualität der Gewalt. Ursachen für Gewalt sind familiäre Probleme, schlechtes soziales Umfeld und fehlende Bildung. Als gefährliche Ballungszentren der Gewalt sehen wir Schulen, Jugendzentren, Diskotheken, Bahnhöfe und sozialschwache Wohngegenden an.

Deshalb fordern wir:

Es muss eine stärkere Arbeit im Bereich der vorbeugenden Maßnahmen geleistet werden. Hierzu zählen Trainingseinheiten für kommunikative Lösungen von Streitfragen. Diese Trainingseinheiten sollten als schulische Veranstaltungen bereits in der Orientierungsstufe durchgeführt werden, um das Sozialverhalten der Jugendlichen zu fördern. Ein beispielhaftes Programm gibt es in der Schweiz (Chili-Training).

Mehr Betreuung von Jugendlichen in Form von Ganztagschulen. Der Nachmittagsunterricht sollte die Vermehrung und Verbesserung von kreativen Freizeitangeboten gewährleisten.

Wir fordern darüber hinaus das Aufstellen von Ganzkörpermetalldetektoren vor Diskotheken. Der Staat sollte diese Einrichtungen gesetzlich vorschreiben. Die entstehenden Kosten sollen durch die Betreiber übernommen werden.

Bekämpfung

Maßnahmen:

Für IntensivtäterInnen fordern wir intensive pädagogische Betreuung in geschlossenen Heimen, da die Jugendlichen aus ihrem gewohnten Umfeld herausgenommen werden müssen, um einen Rückfall in die Illegalität zu verhindern.

Bei Haftstrafen fordern wir eine Perspektivenverbesserung in Form einer Aus-, bzw. Weiterbildung, in deren Verlauf die Jugendlichen grundlegende und weiterführende Qualifikationen erwerben können. Die jugendlichen StraftäterInnen müssen auch nach der Haft psychologisch betreut werden, um sie vor einem Rückfall zu bewahren.

Als erzieherische Maßnahme sollte verstärkt der TäterIn-Opfer-Ausgleich angeboten werden. Dadurch wird eine stärkere Auseinandersetzung mit der Tat selbst und der Situation des Opfers ermöglicht.